

# Gemeinde hat beim Funkmast geschlafen

Suche nach Alternativstandort für Antenne in Rheinbreitbach versäumt

**Seit vergangenem Herbst wehrt sich eine Gruppe von Rheinbreitbachern gegen eine Mobilfunkanlage. Jetzt ist der Kreisrechtsausschuss am Zug. Am Rande offenbart sich auch eine politische Dimension.**

RHEINBREITBACH. Der Kampf gegen die Mobilfunkanlage auf Burg Steineck in Rheinbreitbach geht in die nächste Runde. Am Mittwoch hat der Kreisrechtsausschuss die Bürger zu ihren Widersprüchen gegen die Baugenehmigung gehört. Sieben Anwohner kämpfen mit juristischen Mitteln gegen die Antenne des Mobilfunkbetreibers O<sub>2</sub>. Am Rande der Sitzung gab es erstmals auch öffentliche Kritik an der früheren Rheinbreitbacher Ortsbürgermeisterin Ulrike Jossen (CDU): Sie soll es in ihrer Amtszeit versäumt haben, mit O<sub>2</sub> über einen anderen Standort zu verhandeln.

„Die Gemeinde hat damals nichts unternommen, um nach einer Alternative zu suchen“, sagte Walter Engelberg, Sprecher der Initiative immisionsarmes Wohnen Rheinbreitbach, auf Nachfrage der RZ. Die Initiative habe das Versäumnis nicht von sich aus thematisiert, weil man – so Engelberg – keinen parteipolitischen Streit im Ort anzetteln wollte.

Den will auch Jossens Nachfolger, der parteilose Karsten Fehr, heute nicht. Er bestätigte auf Anfrage lediglich, der Gemeinderat sei nicht

darüber informiert worden, dass die Kreisverwaltung das Nein zur Antenne im Rheinbreitbacher Hauptausschuss durch ein positives Votum ersetzt hatte. „Wir sind aber schon bei der Beratung davon ausgegangen, dass der Kreis das tun würde“, erklärte Fehr. Trotzdem waren weder die CDU noch die Oppositionsfractionen damals aktiv geworden. Sie seien davon ausgegangen, im Falle einer Ersetzung immer noch mit O<sub>2</sub> verhandeln zu können, sagte Fehr. Nur hatten sie von der Entscheidung des Kreises erst erfahren, als der Sendemast im Bau war. Ulrike Jossen war am Mittwoch für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Die politische Dimension zeigt laut Walter Engelberg aber vor allem eines: „Die Gemeinden müssen sich mit dem Thema Mobilfunk befassen und aktiv werden.“ In Rheinbreitbach ist es dafür bereits zu spät. Versuche, auch nach der Inbetriebnahme der Anlage auf Burg Steineck noch mit O<sub>2</sub> zu verhandeln, verliefen ergebnislos (die RZ berichtete). Nun sind einmal mehr die Juristen am Zug.

Die Argumente, die Bürger und Anwälte gegen die Mobilfunkantenne ins Feld führen, sind vom Grundsatz her meist die gleichen: Die sieben Beschwerdeführer verweisen darauf, dass die Abstandsflächen zu ihren Wohnhäusern nicht stimmen. Die wichtigste Frage im gesamten Streit ist allerdings die nach der Art des

Wohngebiets. „Das Oberverwaltungsgericht hat der Kreisverwaltung auf die Finger geklopft“, meinte Rechtsanwalt Dr. Wolf Herkner im Anschluss an die Ausschusssitzung. Der Mobilfunkexperte vertritt Mitglieder der Bürgerinitiative im Kampf gegen den Mast an der Simrockstraße. Und seiner Meinung nach hat das OVG zwar einen Baustopp für die Antenne abgelehnt, wohl aber deutlich gemacht, dass die Kreisverwaltung sich in der Frage nach der Art des Wohngebiets festlegen muss.

Bislang war die Behörde davon ausgegangen, dass es sich bei dem Areal rund um die Burg Steineck um ein allgemeines Wohngebiet handelt, in dem es auch Gewerbetreibende gibt. Für Herkner und seine Mitstreiter handelt es sich aber um den Urtyp eines reinen Wohngebiets, in dem keinerlei Gewerbe existiert. „Und wenn auch der Rechtsausschuss zu diesem Ergebnis kommt, ist der Bescheid über die Baugenehmigung aufzuheben. Dann ist die Anlage formal illegal.“ Doch der Anwalt weiß auch um das Problem des Kreises in diesem Streit: „Der Kreis ist gegenüber O<sub>2</sub> in der Haftung“, erklärte Herkner. „Das Mobilfunkunternehmen hat im Vertrauen gebaut.“

Die Entscheidung des Kreisrechtsausschusses soll vor den Sommerferien, wahrscheinlich sogar noch im Juni fallen.

**Sabine Balleier**